Abo **Schwere Ausschreitungen**

Schweizer Gruppen marschierten in Paris mit – und wollen den Protest in die Schweiz holen

Schweizer beteiligten sich an den Demonstrationen in Frankreich, etwa der Juso-Vizepräsident Julien Berthod. Am 20. November soll der Jugendstreik in mehreren Schweizer Städten folgen.



Fabian Fellmann

Publiziert: 19.10.2026, 19:58



Rauch steigt auf bei der Place de la République in Paris am Samstag: Das Monument à la République trägt eine gelbe Weste.

Foto: Guillaume Saligot (AFP)



In Kürze:

- Schweizer Jungsozialisten nahmen an Pariser Demonstrationen teil und planen nun eigene Kundgebungen.
- Am 20. November soll ein dezentraler Jugendstreik in mehreren Schweizer Städten stattfinden.
- Auch die «Anarchistische Gruppe Bern» war in Paris präsent.
- Auf einem angegriffenen Polizeigebäude in Paris prangte ein Slogan aus der Schweiz.

Die Gäste aus der Schweiz marschierten weit vorne am Samstag in Paris. Ein Instagram-Video zeigt die zwei jungen Männer im Demonstrationszug auf der Place de la République, wo es später zu schweren Ausschreitungen kam. Davon ist im Video noch nichts zu sehen. Stattdessen sagt ein junger Mann: «Es ist verrückt, was geschieht. Unsere volle Unterstützung aus der Schweiz.» Seine Hände formen ein Herz. Der zweite ist wenig später mit einer Fahne zu sehen.

greve_de_la_jeunesse und **unionestudenti.uds**
Original-Audio

Profil ansehen

Auf Instagram ansehen

Mehr auf Instagram ansehen

Gefällt 1.734 Mal

Kommentieren ...

Bei den beiden handelt es sich um Jungsozialisten. Der Walliser Julien Berthod ist Vizepräsident der Juso Schweiz, Antonin Fournier ist im Vorstand der Neuenburger Gruppe. «Wir waren dieses Wochenende in Paris an einem Treffen von 27 Organisationen aus mehr als zehn Ländern, um einen internationalen Jugendstreik zu planen. Zufälligerweise fiel das auf den Tag der Demonstration in Paris», sagt Berthod am Montag am Telefon. Die Verbindung ist schlecht, Berthod und Fournier fahren gerade mit dem Auto von Paris nach Hause.

Schweizer Juso planen Jugendstreiks

Soeben haben sie ein Land verlassen, das über sich selbst geschockt ist. Mehrere Hundert Polizisten wurden verletzt, mehr als 1200 Personen festgenommen. In verschiedenen Städten wurden öffentliche Gebäude, Busstationen, Autos und Barrikaden in Brand gesetzt. Die Schäden belaufen sich laut französischen Medien auf Hunderte Millionen Euro.

Trotzdem wollen die beiden Jungsozialisten die Jugendkundgebungen in die Schweiz holen, am 20. November, in mehrere Städte. «Mit dem Jugendstreik protestieren wir gegen die Militarisierung und die Sparpolitik in Europa», sagt Berthod. Koordiniert wird die Aktion in der Schweiz von den Jungsozialisten, allerdings soll alles dezentral organisiert werden.

jssuisse und **greve_de_la_jeunesse_ge**
Original-Audio

Profil ansehen



Mehr auf Instagram ansehen

Gefällt 481 Mal

Kommentieren ...

«In der Schweiz rechnen wir nicht mit Ausschreitungen. Wir haben es hier mit einer ganz anderen Situation zu tun», sagt Berthod. In Paris sei die Stimmung angespannt gewesen. «Ein grosser Teil der Bevölkerung hat das Gefühl, dass man sich derzeit auflehnen muss. Es herrscht extreme Empörung über die Polizeigewalt.» Er verweist auf die Repression der französischen Ordnungshüter. Von den Ausschreitungen habe er nichts mitbekommen, weil er an einem bewilligten Demonstrationszug weit vorne mitgelaufen sei.

Gewalt ist für Juso ein Ergebnis der «Hoffnungslosigkeit»

Jungsozialist Berthod führt die Ausschreitungen auf «ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit» zurück. Ein grosser Teil der Bevölkerung habe nichts mehr zu verlieren, sagt der Vizepräsident der Schweizer Jungsozialisten. «Die Menschen begehen solche Taten aus Verzweiflung vor der Armut und Prekarität. Das Problem ist das System und die aktuelle Situation, und die Menschen haben ein Recht darauf, dagegen auf die Strasse zu gehen.»

Berthod erhebt Vorwürfe: «Die Regierung hat die Gewalttaten Einzelner ins Rampenlicht gerückt, um die öffentliche Aufmerksamkeit von den Forderungen der Menschen abzulenken.» Solange die Regierung den Menschen nicht zuhöre, werde es zu Sachbeschädigungen kommen, «denn das ist wirklich das letzte Mittel der Bevölkerung». Er beschuldigt Polizisten in Zivil, Gewalttaten angezettelt zu haben – eine These, die in sozialen Medien kursiert, für die es aber keine Belege gibt.

Autonome Gruppen waren in Paris dabei

Auch autonome Gruppen aus der Schweiz nahmen an den Protesten in Frankreich teil. Die «Anarchistische Gruppe Bern» schrieb am Samstag ↗, sie habe sich «heute in Paris an der Grossmobilisierung von verschiedenen Bewegungen» beteiligt. Der Beitrag schildert die Vorgänge mit «massiven Plünderungen, Bränden, Barrikaden und Auseinandersetzungen mit der Polizei».

Der Text schliesst mit «Free Andi», einem Schlachtruf der autonomen Szene. Gemeint ist die Zürcherin Andrea Stauffacher, die am Mittwoch wegen Gewalt und Drohungen gegen Beamte vor dem Bezirksgericht Zürich steht. Der Slogan «Free Andi» ist auch auf einem Foto der Berner Gruppe zu sehen, neben einer angesengten und durchlöcherten Tür in Paris.

Ein Bild davon hat auch die Gendarmerie Nationale in Frankreich veröffentlicht. Es handle sich um die Tür der Caserne Vérines an der Place de la République. Gewalttätige hätten versucht, in das historische Gebäude einzudringen und es anzuzünden, schreibt die Gendarmerie. «Dort wohnen die Familien der Polizisten.»

Auf Anfrage teilte die Anarchistische Gruppe Bern mit, sie gebe keine Auskunft darüber, wer woran beteiligt war. Es gehe um die realen Probleme vor Ort. In Frankreich herrschten grosse Wut und Frust, vor allem die harte Repression habe zu einer Radikalisierung geführt. «Das Gefühl, nicht gehört zu werden, hat sich in den letzten Monaten stark verbreitet», heisst es in der Stellungnahme. «Viele sehen im 17. Oktober den Beginn einer neuen Bewegung und erwarten weitere Proteste, etwa am nationalen Streiktag vom 5. November. Wir werden uns auch an zukünftigen Protesten beteiligen.»



Touristenboote fahren über die Seine, im Hintergrund steigt der Rauch auf, wo Demonstrierende Brände angefacht haben.

Foto: Guillaume Saligot (AFP)

Am kommenden Wochenende ist in Frankreich die nächste Grossdemonstration angesagt. In Orléans findet der Parteikongress des Rassemblement National statt. Am Samstag will sich Jordan Bardella als Parteichef wiederwählen lassen, am Sonntag startet der Wahlkampf 2027: Marine Le Pen will Staatspräsidentin werden.

Mehr als hundert linke Organisationen planen, den Parteitag mit einer Gegenkundgebung zu stören, darunter die «Piraterie Antifasciste Genève». Dabei handelt es sich um eine kleine Gruppe, die in Genf zuvor Palästina- und Klimademonstrationen organisiert hat.

Ständerat Mauro Poggia kennt die autonome Szene in Frankreich und der Schweiz als ehemaliger Regierungsrat von Genf. Der Kanton war mehrmals mit gewaltsamen Protesten konfrontiert. «Die Chaoten kennen keine Grenzen, sie gehen überallhin, um sich zu vergnügen – so sehen sie es jeweils», sagt der Politiker des rechten Mouvement Citoyens Genevois.

Aber in der Schweiz werde sich die Lage nicht so schnell zuspitzen. «Unser soziales Netz ist gesünder als das französische, und in der Schweiz sind die Klassenunterschiede nicht so ausgeprägt», sagt Poggia. «Die steigenden Mieten und Krankenkassenprämien sind auch in der Schweiz für viele schwer zu verkraften. Aber bei uns ist die Demonstrationskultur nicht so verankert wie in Frankreich. Wir haben dank der direkten Demokratie andere Mittel, um den Unmut auszudrücken.» Sollten Schweizer in Frankreich randaliert haben, «hoffe ich, dass sie erwischt und verurteilt werden».

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten teilte am Montag mit, es habe keine Informationen über festgenommene, verletzte oder anderweitig betroffene Schweizer Staatsangehörige im Zusammenhang mit den jüngsten Ausschreitungen in Frankreich.

NEWSLETTER

Guten Morgen Basel
Erhalten Sie die wichtigsten und spannendsten News aus der Region, der Schweiz, der Welt und dem Sport.
Weitere Newsletter

Abonnieren

Fabian Fellmann schreibt seit mehr als 20 Jahren über politische Themen. Derzeit berichtet der Politologe über die Schweizer Politik. Zuvor war er als USA-, EU-, Nato- und Bundeshaus-Korrespondent tätig. Mehr Infos
𝕏 @fabian_fellmann

Fehler gefunden? Jetzt melden.

339 Kommentare